



Oberhausen grüner machen!

ökologisch – sozial – gerecht

Kommunalwahlprogramm 2014 - 2020

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Oberhausen

Paul-Reusch-Str.26

46045 Oberhausen

kw2014@gruene-oberhausen.de

Seitenverzeichnis / Kapitel:

Seite 5	Klima / Umwelt / Energie
Seite 9	Stadtplanung / Wohnen / Verkehr
Seite 15	Familie
Seite 17	Wirtschaft / Arbeit / Finanzen
Seite 20	Schule / Bildung
Seite 23	Gender
Seite 26	Kunst und Kultur
Seite 29	Sport
Seite 31	Inklusion
Seite 33	Soziales
Seite 35	Gesundheit
Seite 36	Integration
Seite 38	Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender
Seite 39	Rechtsextremismus
Seite 40	VerbraucherInnenschutz
Seite 42	Bezirksvertretungen

Das Kommunalwahlprogramm 2014-2020 wurde anlässlich der Mitgliederversammlung vom 4. Februar 2014 verabschiedet.

Oberhausen grüner machen!

ökologisch – sozial – gerecht

Liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener,

Oberhausen ist eine interessante, lebendige und lebenswerte Stadt mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die in all ihrer Verschiedenheit unsere Stadt ausmachen und bereichern. Wir stehen für eine zukunftsorientierte grüne Politik für und mit allen Oberhausenerinnen und Oberhausenern.

Wir wollen in den nächsten sechs Jahren an unsere bisherige Politik anknüpfen. Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Modernität sind unsere Wegmarken zu diesem Ziel. Uns ist dabei wichtig, politische Weichenstellungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren und zu entwickeln. BürgerInnenbeteiligung hat daher bei uns Priorität. Dabei wollen wir im Rahmen der Möglichkeiten die eine Kommune hat, größtmögliche Transparenz erreichen.

Wir wollen für nachkommende Generationen intakte und natürliche Lebensgrundlagen bewahren. Deshalb muss die Politik in Oberhausen weiterhin darauf ausgerichtet sein, den Natur- und Klimaschutz voranzutreiben. Um diese Ziele zu erreichen, soll Oberhausen zu einem Vorreiter der kommunalen Energiewende und der umweltfreundlichen Mobilität werden.

Wir setzen uns für eine soziale Stadt ein, mit guten Bildungseinrichtungen von der Kindertageseinrichtung bis zur Erwachsenenbildung, mit außerschulischen Bildungsinstitutionen, mit Freiräumen für Jugendliche und Familien und einer guten Versorgung im Alter. Wir setzen auf eine inklusive Politik, die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt.

Dies geht Hand in Hand mit einer Stadtentwicklungspolitik, die im Quartier und beim Lebensumfeld der Menschen ansetzt. Mit Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Jede und Jeden und Perspektiven für das generationenübergreifende Zusammenleben.

Dank der Hilfe vom Land und enormer eigener Anstrengungen nutzt Oberhausen die große Chance, den städtischen Haushalt zu sanieren. Trotz aller Konsolidierungserfordernisse brauchen wir eine sparsame und gleichzeitig gerechte und soziale Haushaltspolitik. Wir setzen uns dafür ein, Gestaltungsspielräume wiederzuerlangen und für die Bewältigung drängender Zukunftsaufgaben zu nutzen. Dazu gehören auch ökologische Wirtschaftsimpulse.

Oberhausen ist eine bunte Stadt, in der Menschen verschiedenster Nationalitäten und Kulturen und aus allen Generationen gerne und friedlich miteinander leben. Wir werden alles dafür tun, dass das so bleibt. Jede und jeder muss Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und einer guten Versorgung im Alter haben. Dafür zu sorgen, ist eine zentrale Aufgabe grüner Kommunalpolitik.

Wir stehen für mehr Chancengerechtigkeit. Wir setzen uns ein für Geschlechtergerechtigkeit, kulturelle Teilhabe und Vielfalt. Wir Grüne bekämpfen jeglichen Rassismus und Antisemitismus.

Für diese Politik brauchen wir in den nächsten sechs Jahren eine noch stärkere grüne Verankerung im Rat und in den Bezirksvertretungen.

Für ein soziales, ökologisches, demokratisches und buntes Oberhausen - Das geht nur mit starken GRÜNEN.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Oberhausen

Eva Kauenhowen
Vorstandssprecherin

Andreas Blanke
Vorstandssprecher

Regina Wittmann
Spitzenkandidatin

Klima schützen - Umwelt schonen - Energie sparen

Unser Ziel ist es, in den kommenden 6 Jahren Wohnen, Arbeiten und Mobilität mit dem Schutz unserer Umwelt noch stärker in Einklang zu bringen. Wir müssen heute die Weichen stellen, damit wir die Entwicklungsspielräume für die nächsten Generationen erhalten.

Klima schützen

Seit 2 Jahren hat die Stadt Oberhausen ein Energie- und Klimaschutzkonzept, das es nun gilt in die Realität umzusetzen. Die ersten Schritte sind hier schon getan worden und diese können sich auch sehen lassen: Die Stadt hat auf Grund ihrer Aktivitäten zum wiederholten Male den European-Energie-Award verliehen bekommen. Punkten kann Oberhausen vor allem durch den hohen Anteil an Fernwärmeversorgung, mit der eigenständigen Trasse für Busse und Bahnen und mit seiner fahrradfreundlichen Politik. Das hat auch eine bundesweite Umfrage des ADFC bestätigt: Hinter bekannt fahrradfreundlichen Städten wie z.B. Münster oder Freiburg kommt Oberhausen auf eine sehr guten 5. Platz.

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) Modellkommune. Auch sehr gut stehen wir bei der Nutzung und dem Ausbau der Fernwärme da. Deshalb wollen wir uns mit Unterstützung des Landes zu einer KWK Modellkommune entwickeln. Ziel ist es, dezentrale Energieerzeugung und Wärmespeicherung zu ermöglichen, die über ein virtuelles Kraftwerk zentral gesteuert werden, aber flexibel und je nach Nachfrage einzusetzen sind. Mit diesen Aktivitäten wollen wir nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern versprechen uns auch einen Impuls für die mittelständische Wirtschaft und die Handwerkerschaft. Die auf unsere Initiative hin gegründete Energiegenossenschaft kann hier eine wichtige Rolle spielen. Zwei weitere Bausteine, die im Rahmen von Sanierungen und Neubau wichtig sind, sind der vorliegende Leitfaden Klimaschutz in der Bauleitplanung und das Beratungsangebot im Rahmen der Thermografieaktionen.

Vorbildfunktion der Stadtverwaltung und Töchter. In den nächsten 6 Jahren wird es nun darum gehen, die begonnen Maßnahmen fortzuentwickeln und neue anzupacken. Wichtig ist dabei, dass die Stadt selber – trotz klammer Kassen - ihrer Vorbildfunktion gerecht wird. Wir werden den Sachverstand von KlimaschutzmanagerInnen nutzen, um den Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung zu verankern, die Gebäudesanierung vorantreiben und die Energieeinsparpotenziale heben. Bei Sanierungen muss auch die OGM in die Pflicht genommen werden: die Investitionsentscheidungen müssen nachhaltig und zukunftsfähig sein.

Klimaschutzsiedlung. Dazu gehört auch, dass wir die Kooperationen zwischen privaten Eigentümern und Handwerkern fördern und unterstützen, indem wir eine Informationsplattform bieten, die von konkreten Förderprogrammen bis hin zu Modellrechnungen und einen Dienstleistungspool alles bietet. Wir werden mit einer Klimaschutzsiedlung zeigen, dass energiesparendes Bauen oder Sanieren Geld spart, architektonisch spannend ist und in Oberhausen Zukunft hat.

e-Mobilität fördern. Zudem werden wir einer weiteren Zukunftstechnologie in Oberhausen den Weg bahnen: der e-Mobilität. Als Ergänzung zu Bus und Bahn sollen e-Fahrräder oder e-Autos im Car-Sharing-System zur Verfügung stehen. Von der Stadtverwaltung erwarten wir hier die ersten Schritte, indem diese ihre Fahrzeugflotte sukzessive auf e-Fahrzeuge umrüstet. Um diesem System zum Durchbruch zu verhelfen, muss in Oberhausen die Infrastruktur ausgebaut werden. Ein Netz von Ladestationen und Tankstellen muss konzipiert und umgesetzt werden.

Umwelt schonen.

Boden. Die Ressource Boden ist nicht unerschöpflich und die Belastungen aus der industriellen Vergangenheit unserer Stadt sind nicht unerheblich. Deshalb ist ein konsequentes und nachvollziehbares Flächenrecycling und anschließendes Flächenmanagement für uns sehr wichtig. Was allerdings in unserer Stadt fehlt – und für ein integriertes Management wichtig ist – sind nachvollziehbare Daten zum aktuellen Stand der Versiegelung unserer Stadt. Deshalb werden wir ein Versiegelungskataster aufbauen, dass Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über den tatsächlichen Grad der Versiegelung verschafft, aber insbesondere auch Grundlage für zukünftige Nutzungsentscheidungen bis hin zu Entsiegelungsprogrammen sein wird.

Grün. Was wäre Oberhausen ohne seine Parks, Alleen, Grünflächen und Gärten. Sie tragen maßgeblich zu einer hohen urbanen Lebensqualität bei und sie sind ein wichtiger Baustein in allen Überlegungen zur Anpassung an den Klimawandel. Mit dem Konzept einer ökologischen Grünpflege wollen wir das städtische Grün und die Parkstadt Oberhausen „fit für die Zukunft“ machen. Da wo es nötig ist, müssen wir den Baumbestand in den nächsten Jahren behutsam erneuern, der Natur wieder Flächen, die nicht genutzt werden, zurückgeben und den heimischen Pflanzen und Tieren wieder mehr Platz bieten. Das ist das Ziel in den nächsten 5 Jahren. Ganz wichtig in diesem Zusammenhang sind auch die Bachläufe, denn Grün und Wasser sind wichtige Faktoren, um klimatische Hitzeinseln in der Stadt zu vermeiden.

Innen vor Außen. Grundsätzlich hat die Entwicklung im Innenstadtbereich Vorrang vor einer Zersiedlung der Randbereiche. Deshalb haben wir auch alle Anfragen, das Alsbachtal oder die Immenstrasse baulich zu entwickeln, entschieden abgelehnt. Innen vor Außen ist aber kein Automatismus, denn gerade im Innenbereich gilt es sehr genau zu prüfen, ob unter klimatischen Bedingungen eine weitere Versiegelung tragbar ist bzw. ob sogar zu einem Rückbau und Entdichtung eng bebauter Siedlungsbereiche kommen muss. Dies - und auch der Aspekt des flächensparenden Bauens - muss im Rahmen einer nachhaltigen Quartiersentwicklung abgewogen werden.

Wasser. Aktuell erleben wir Entsiegelung auf unserem Stadtgebiet durch die Renaturierung der Emscher und ihrer Nebenbäche. Auch wenn in den nächsten Jahren die Baustellen den Blick auf die Zukunft verstellen werden, ist der Emscherumbau für unsere Stadt eine enorme Chance. Dies wird die Freizeitqualität in unserer Stadt deutlich steigern und der Artenvielfalt wieder einen neuen Schub geben, weil viele kleinere Bäche renaturiert bzw. wieder an die Oberfläche geholt werden.

Luft und Verkehr. Die Metropole Ruhr hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt: bis 2035 soll der Anteil von FußgängerInnen, FahrradfahrerInnen und BenutzerInnen von Bussen und Bahnen bei 75% liegen. Diese Zielmarke ist eine Herausforderung und nur durch ein umfassendes Verkehrs- und Handlungskonzept zu erreichen. Angesichts der gesundheitlichen Schäden, die durch die Verkehrsemissionen entstehen, ist dies unumgänglich. Nicht nur in Oberhausen ist der Kfz-Verkehr in einem erheblichen Maße für Treibhausgas- und Feinstaubemissionen verantwortlich. Deshalb unterstützen wir auch die Einführung der letzten Stufe der Umweltzone in 2014 und fordern gesetzliche Regelungen zur deutlichen Reduzierung der Emissionswerte. Was es bedeutet, wenn man nichts tut, zeigt sich bei uns an der Mülheimer Straße: Hier werden die Grenzwerte seit Jahren nicht eingehalten. Um diesen Missstand in den Griff zu bekommen, werden wir Maßnahmen ergreifen müssen, die zu einer deutlichen Reduzierung der täglichen Blechlawine von 40.000 Fahrzeugen führen. Damit kann auch das Wohnumfeld der Mülheimer Straße so verbessert werden, dass man dort wieder gerne und gesund wohnt und arbeitet.

Lärm und Verkehr. Die Betuwe-Linie wirft auch in Oberhausen erste Schatten voraus und die Frage, wo welcher Lärmschutz errichtet wird, stellt sich immer drängender. Es kann nicht sein, dass sich die Deutsche Bahn AG auf ein „Schmalspurprogramm“ zurückzieht und nur „Lärmschutz light“ anbietet. Wir fordern von der Bahn einen umfassenden Lärmschutz auf dem Gebiet unserer Stadt und wir stellen auch Ansprüche an die Gestaltung der Lärmschutzwände. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich eine 5 Meter hohe, undurchsichtige Mauer entlang der Bahntrasse eine Trennlinie durch das Oberhausener Stadtgebiet zieht. Besonderes Augenmerk werden wir

auch auf den Aus- und Umbau am Bahnhof Sterkrade legen. Dort müssen einsehbare Räume entstehen und nicht - wie derzeit befürchtet - dunkle Angsträume. Im Straßenverkehr gilt es, die LKW-Belastung durch die Ausweitung von Durchfahrtsverboten weiter zu reduzieren um insbesondere die reinen Abkürzungs- und Durchgangsverkehre aus unserem Stadtgebiet zu bekommen.

Müllvermeidung. Mit der Umstellung des Sperrmüllsystems auf eine Abrufsystem und dem Angebot, alte Waschmaschinen, Kühlschränke und Herde direkt aus den Wohnungen zu holen, haben wir einen ersten wichtigen Schritt hin zu mehr Recycling von Elektrogeräten gemacht. Das unsachgemäße und verbotene Ausschlacken der Geräte auf den Bürgersteigen gehört damit der Vergangenheit an. Eine Herausforderung bleibt jedoch die Steigerung der Recyclingquoten in den privaten Haushalten. Hier gilt es, in den nächsten Jahren neue Wege einzuschlagen. Es muss ein aktualisiertes Abfallwirtschaftskonzept für die Stadt entwickelt werden, das nicht nur den gesetzlichen Regelungen Rechnung trägt, sondern auch Anreize zur Abfalltrennung bzw. -vermeidung schafft.

Energie sparen.

Energiewende. Schon jetzt bezieht die Stadt Oberhausen 100% Ökostrom. Aber auf diesem Erfolg wollen wir uns nicht ausruhen. Wenn in den nächsten Jahren städtische Gebäude saniert oder modernisiert werden, müssen Energiesparkonzepte aufgestellt werden, die den Zielen des Klimaschutzes entsprechen und zu einer deutlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen führen. Die Ausrede – dies sei für eine arme Stadt wie Oberhausen nicht zu bezahlen – lassen wir nicht gelten.

EVO - Die Oberhausener Stadtwerke. Ein wesentlicher Akteur im Energiebereich sind unsere kommunalen Stadtwerke – die EVO. Wir konnten diese bereits für die Energiewende gewinnen, aber eine moderne und ökologisch ausgerichtete Energiepolitik, die auf Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien zielt, verlangt eine noch stärkere Abkehr von der zentralisierten Energieerzeugung. Dezentrale Stromgewinnungsanlagen (Photovoltaik), Blockheizkraftwerke und die Kraft-Wärme-Kopplung sind hierfür zukunftsorientierte Technologien. Das Projekt der KWK-Modellkommune mit seinem Ziel einer dezentralen Nahwärmeversorgung ist hier ein sehr guter Ansatz. Mit der Einführung einer Bürgeraktie kann in Oberhausen dieser Prozess unterstützt, aber auch noch deutlich ausgebaut werden. Ebenso erwarten wir von der EVO, dass sie ihren Kunden konsequent einen größeren Anteil regenerativ erzeugten Strom anbietet, dabei aber nicht die Bezahlbarkeit des Stromes aus dem Blick verliert.

Moderne Stadtplanung und Quartiersentwicklung, Wohnen, Verkehr

Wir GRÜNE wollen das Ruhrgebiet zu einer zukunftsfähigen Region weiterentwickeln. Dazu gehören die Kooperation der Kommunen und regionales Handeln. Der städteübergreifende Flächennutzungsplan hat sich als Erfolgsmodell bewährt, die Fortsetzung dieser Zusammenarbeit begrüßen wir und unterstützen ihren Ausbau. Die Städte des Ruhrgebiets sollen sich nicht als Konkurrenten begreifen, sondern den Schulterschluss suchen, um ihre Stärken gemeinsam zu nutzen.

Stadtentwicklung und Quartiersentwicklung. Oberhausen verändert sich und die Stadtentwicklung steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen: Die Folgen des Strukturwandels sind noch längst nicht bewältigt und der demographische Wandel stellt die Wohnungsbau-, die Sport-, aber auch die Schulpolitik vor neue Aufgaben. Der Klimawandel erfordert integrierte Konzepte und einen engeren Schulterschluss der Bereiche Planung, Umwelt und Gesundheit. Stadtentwicklung ist somit ein wichtiges Querschnittsthema. Mit dem Stadtentwicklungskonzept Oberhausen 2020 – STEK 2020 – sind wichtige Instrumente zur langfristigen, strategischen Weiterentwicklung unserer Stadt im Sinne einer behutsamen Stadterneuerungspolitik entwickelt worden. Und es sind die Grundlagen für eine quartiersbezogene Herangehensweise gelegt worden. Hier wollen wir in den nächsten Jahren bei unseren Überlegungen für die Stadtentwicklung ansetzen und einen Schwerpunkt auf die Quartiersentwicklung legen. Das bedeutet auch, dass das Stadtentwicklungskonzept von 2008 aktualisiert und weiterentwickelt werden muss.

Ein Beispiel, wie so eine kleinteilige Entwicklung aussehen kann, ist das Bert-Brecht-Quartier. Das in der Innenstadt gelegene Areal mit seinem Mittelpunkt, dem Bert-Brecht-Haus, umfasst das Gebiet zwischen Elsässer Straße, Friedensplatz und Saporisha-Platz. Hier gibt es Kultur (Kinos, Bibliothek, Volkshochschule) mit vielfältigen Angeboten und eine hohe Aufenthaltsqualität in Fußgänger- und verkehrsberuhigte Zonen, auf denen man in verschiedenen Lokalen mit vielfältigem Angebot drinnen und draußen ein wenig südliches Flair genießen kann. Der neu gestaltete Saporisha-Platz bietet die Möglichkeit zu flanieren, den Kindern Spielmöglichkeiten und Freiraum für zahlreiche Veranstaltungen, die von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie städtischen Institutionen organisiert und gestaltet werden.

Ein Quartiersrat wurde gegründet und trifft sich regelmäßig, um Veranstaltungen anzuregen und zu koordinieren. Somit ist eine Möglichkeit gegeben, dass Anwohnerinnen und Anwohner aktiv

ihre Umgebung mitgestalten und selbst mithelfen, dass ihr direktes Umfeld eine Zone zum Wohlfühlen und bei allen das Gefühl entsteht: Wir leben gern hier.

Solche Projekte und Entwicklungen wollen wir in allen Stadtbezirken ganz individuell verstärkt initiieren und fördern. Jedes Quartier hat seine eigenen Besonderheiten, Bedürfnisse und Qualitäten. Wir wollen gemeinsam mit ihnen möglichst viele funktionierende Quartiere für die Oberhausenerinnen und Oberhausener schaffen. Lokale Strukturen erhalten und ausbauen, kurze Wege planen und eine erreichbare Versorgungsstruktur stärken: dies müssen die Ziele der Entwicklung sein.

Moderne Datenkommunikation. Die zukunftsorientierten Datenkommunikationswege innerhalb einer Stadt können nicht da aufhören, wo sich große Unternehmen ansiedeln. Immer mehr kleine Unternehmen und Freiberufler, die sich innerhalb von Wohnbebauungen ansiedeln, sind auch auf gute und schnelle Datenkommunikationswege angewiesen. Nicht zuletzt die Oberhausener BürgerInnen legen Auswahlkriterien fest, wonach die zukünftige Wohnung ausgewählt wird. Auch hier sind schnelle Datenleitungen notwendig, die auch in der Zukunft immer wichtiger werden. Wir setzen uns dafür ein, dass geprüft werden muss, wo heute noch mit der Technik von Gestern gearbeitet wird. Wir fordern Wohnquartiere, die mit der Technik von Heute, am besten von Morgen und Übermorgen arbeiten.

BürgerInnenbeteiligung stärken. Nicht nur bei Großprojekten oder strittigen Vorhaben ist eine BürgerInnenbeteiligung unerlässlich. Auch bei kleineren Planungen gehört die – durchaus kontroverse - Diskussion mit den AnwohnerInnen, Interessensgruppen und Fachleuten aus unserer Sicht zum Gelingen des Vorhabens dazu. Deswegen setzen wir uns auch dafür ein, dass wir in Oberhausen zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsregelungen frühzeitig mit den AnwohnerInnen und Interessierten, mit Alt und Jung, ins Gespräch kommen. Wir werden dieses Verfahren bei den Diskussionen in allen Quartieren in Angriff nehmen. Wir wollen die Ideen, was dort jeweils passieren kann und soll, welche baulichen, verkehrlichen und sozialen Bedürfnisse und Vorstellungen für unterschiedliche Altersgruppen dort artikuliert werden, sammeln und in Bürgerbeteiligungsverfahren bearbeiten. Ein solcher Prozess stärkt die Stadtgesellschaft und gibt auch der Verwaltung neue Impulse für ihr Planen und Handeln..

Weniger, älter und bunter. Im Jahr 2025 wird jede/r Fünfte älter als 65 Jahre und nur noch jede/r Siebte unter 18 Jahre alt sein. Dieser demografische Wandel macht Veränderungen nötig, bietet aber auch gleichzeitig eine enorme Chance für positive Entwicklungen. Wir brauchen in Zukunft nicht nur mehr barrierefreie Wohnangebote, sondern müssen auch die vorhandenen

Dienstleistungs- und Mobilitätsangebote an diese Entwicklung ausrichten. Insgesamt erwarten wir für die Stadt Oberhausen einen Rückgang der Bevölkerung, was dazu führen muss, dass wir die bestehende Infrastruktur an diese Entwicklung anpassen. Wir dürfen aber nicht den Fehler machen, die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu vergessen – ein Miteinander von Jung und Alt muss das Ziel sein. Deshalb wollen wir in innenstadtnahen Bereichen Mehrgenerationenzentren schaffen, die Wohnen, Einkaufen, Freizeit und Erholung für die unterschiedlichen Altersgruppen ermöglichen.

Gender Planning. Der öffentliche Raum wird von den Geschlechtern unterschiedlich bewertet und genutzt. Aber auch die Erwartungen an die Angebote des Quartiers, z.B. in Bezug auf die Vereinbarkeit der Erwerbs- und Familienarbeit oder das Thema Sicherheit, sind sehr unterschiedlich. Genau diesen unterschiedlichen Ansprüchen soll Rechnung getragen werden. In einem ersten Schritt soll auf der Grundlage der guten Erfahrungen in anderen Kommunen ein Leitfaden „Gender Planning“ für Oberhausen erarbeitet werden.

Wohnkultur

Aktuelle Bürgerbefragungen aus dem Jahr 2012 zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger gern in Oberhausen leben. Trotz dieses positiven Trends gibt es Herausforderungen, denen wir uns in unserer Stadt stellen müssen:

Wohnen Raum bieten. Um die Attraktivität des Wohnstandortes zu erhalten und zu verbessern braucht es neben einer behutsamen Neubaupolitik vor allem eine abgestimmte Bestands- und Quartierspolitik für die Menschen in ihren Stadtvierteln. Investitionen in den Bestand müssen den geänderten Qualitäts- und Platzbedürfnissen der Menschen Rechnung tragen. Besonders im Bereich der energetischen Gebäudesanierung und der Herstellung von Barrierefreiheit gibt es erheblichen Potenziale, aber auch Chancen für Wohneigentümer und Mieter und nicht zuletzt auch für das örtliche Handwerk.

Ausdrücklich unterstützen wir das Engagement der Osterfelder und Sterkrader Wohnungsbaugenossenschaften, die in den Bereichen Luchs- und Dachsstraße sowie der Haltenerstraße nicht mehr zeitgemäße Wohnbestände durch moderne, den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern entsprechenden Wohnangeboten ersetzen. Gleiches gilt für das Pacelli-Viertel, ein Projekt, das zeigt, dass auch für die als schwierig geltende Oberhausener Innenstadt erfolgreich Impulse gegeben werden können.

Damit Wohnraum dauerhaft bezahlbar bleibt, setzen wir uns überdies auf Landes- und Bundesebene für ein Wiedererstarken des sozialen Wohnungsbaus ein. Denn bezahlbarer Wohnraum ist nach unserem Verständnis ein soziales Grundrecht. Das Gutachten „Wohnen in Oberhausen 2012“ zeigt, vor welchen Herausforderungen der Oberhausener Wohnungsmarkt steht. Diese gilt es anzunehmen und den begonnenen Wohnungspolitischen Dialog zu vertiefen. Perspektivisch treten wir für die Erarbeitung eines kommunalen Handlungskonzepts „Wohnen“ ein, mit dem eine verbesserte und zielgerichtete Wohnbaupolitik für die Menschen in Oberhausen umgesetzt werden kann.

Denkmalschutz und Baukultur. Das bauliche Erbe stellt auch für Oberhausen einen wichtigen Wert dar, durch den Vergangenheit erfahrbar bleibt und Ressourcen geschont werden. Dieses Erbe zu schützen, seinen kulturellen, sozialen sowie ökonomischen Wert darzustellen und diesen nachfolgenden Generationen zu vermitteln ist eine wichtige, Identifikation stiftende Aufgabe. Mit der Denkmalbehörde haben wir einen wichtigen Fürsprecher vor Ort. Neben den Denkmälern, die einen besonderen Schutz erfahren, machen darüber hinaus zahlreiche weitere qualitätsvolle Bauten unser Stadtbild aus. Hier gilt es angesichts aktueller Stadtumbauprozesse und der großen Aufgabe der energetische Gebäudesanierung Eigentümer im Dialog mit Fachleuten zu unterstützen, auch und gestalterische Aspekte angemessen zu berücksichtigen.

Gestaltungsbeirat. Wir haben uns stark für die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats in Oberhausen eingesetzt. Die Arbeit dieses beratenden Gremiums wollen wir zukünftig nach Kräften unterstützen, um einen konstruktiven Dialog über die Gestaltqualität unseres Stadtbildes, Architektur und Baukultur in Oberhausen zu fördern.

Kultur braucht Räume. Kultur ist kein Luxus. Sie ist ein wichtiger Standortfaktor. Sie ist ein wesentliches Element lokaler Identitätsbildung, von dem Impulse für gestalterische Kreativität und Nachhaltigkeit ausgehen. Als Wirtschaftsfaktor ist sie nicht zu unterschätzen. Wir wollen die Kreativwirtschaft mit der Stadtentwicklung zusammen denken. Leer stehende städtische Räume können zur Zwischennutzung frei gegeben werden, die Stadt muss sich bei den Immobilienverwaltungen des Landes und des Bundes oder auch bei Privateigentümern für kostengünstige Nutzungen einsetzen.

Verkehrsmittel vernetzen

Eine neue nachhaltige Mobilitätskultur. Wie mobil wir in Oberhausen sein können hängt von unseren Mobilitätsangeboten vor Ort ab. Mobilität für alle bedeutet, auch ohne Auto jeden beliebigen Ort bequem, preiswert und ressourcenschonend erreichen zu können. Um vom Auto hin zu einer umweltfreundlicheren Mobilität zu kommen, brauchen wir auch in Oberhausen eine Verkehrswende vor Ort. Sie steht für mehr Lebensqualität, ist aber auch ein wichtiger Baustein der Energiewende. Wir setzen uns daher für einen gesamtstädtischen, integrierten Masterplan Mobilität ein. Um die Verkehrsbelastungen und die Möglichkeiten ihrer Verminderung einschätzen zu können, soll er unter Beteiligung der unterschiedlichsten Interessengruppen erstellt werden und auch eine umfassende Analyse für den Radverkehr und die Belange des Fußverkehrs umfassen.

Mit grüner Elektromobilität ins postfossile Zeitalter. Wir fordern, dass bei den anstehenden und künftigen Beschaffungen von Fahrzeugen für den städtischen Fuhrpark einschließlich der Beteiligungsgesellschaften, rein elektrische, übergangsweise auch Hybrid-Antriebe, Berücksichtigung finden. Ziel ist es, Zug um Zug auf einen vollständig emissionsfreien Betrieb umzustellen. Die Stadtverwaltung muss hier ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und dort Elektrofahrzeuge einsetzen, wo es möglich ist. Die zugehörigen elektrischen Ladestationen sollen dabei konsequent aus erneuerbaren Energiequellen versorgt werden, damit die vermiedenen Emissionen aus dem Fahrzeugbetrieb nicht durch Einsatz von konventioneller Stromerzeugung konterkariert werden.

Nahmobilität. Parkende und fahrende Autos bestimmen das Straßenbild mehr denn je. Um den individualen PKW-Verkehr insbesondere auf kurzen Strecken zurückzudrängen, wollen wir wichtige Weichen mit dem Thema Nahmobilität stellen und attraktive Alternativen schaffen. Wir setzen uns für die sinnvolle Verknüpfung der verschiedenen Mobilitätsangebote ein und wollen eine Mobilitätsberatung fördern, die alle Verkehrsträger einschließt. Das Angebot des ÖPNV soll durch Angebote wie zum Beispiel Car-Sharing ergänzt werden.

Verkehrsinfrastruktur mit Augenmaß. Wir brauchen einen differenzierten Ansatz, um den Anteil versiegelter Straßenflächen zu reduzieren und diesen Raum den Menschen und zugunsten von mehr Grün zurückzugeben.

Fahrradfreundliches Oberhausen. Auch wenn die Stadt nach einer bundesweiten Umfrage des ADFC nach Fahrradhochburgen wie Freiburg und Münster auf einem sehr guten 5. Platz gelandet ist, muss das Radwegenetz in Oberhausen noch attraktiver werden. Wir stehen für die regelmäßige Pflege und Unterhaltung der Radwege sowie für ausreichende und ordentliche Fahrradabstellanlagen in allen Quartieren. An strategischen ÖPNV Knotenpunkten und Bahnhöfen fordern wir abschließbare, gesicherte Fahrradboxen.

Öffentlicher Raum. Der öffentliche Raum ist Lebensraum der BürgerInnen. Er ist mit hoher Aufenthaltsqualität zu gestalten und muss auch mitten in der Stadt Raum für Kinder und Jugendliche bieten. Wir setzen uns für die gleichberechtigte Umgestaltung von Straßen durch Bepflanzung, Verkehrsberuhigung und Schließung von Straßen ein. Bei allen Straßenneu- und -umbauten ist besonders auf Belange der FußgängerInnen Rücksicht zu nehmen. Gehwege sind besonders breit und barrierefrei zu gestalten. Es sind ausreichend viele Überquerungshilfen (Zebrastreifen, Mittelinseln oder Anforderungsampeln) vorzusehen. Die Ampeln sind als

„FußgängerInnen-Vorrangampeln“ zu betreiben. Wir wollen in jedem Stadtbezirk mindestens ein solches Projekt umsetzen. Dabei werden Verkehrswege zu Gemeinschaftsstraßen, die allen gleichberechtigt zur Verfügung stehen.

Bus und Bahn. Wir wollen einen selbstverständlichen Vorrang für die umweltverträglichen Verkehrsmittel Bus und Bahn. Darum setzen wir uns für den Erhalt und den Ausbau des ÖPNV-Netzes ein, das stadtübergreifend sein muss. Weitere Kürzungen würden den ÖPNV in Oberhausen in Frage stellen und werden von uns nicht mitgetragen. Angesichts der klimapolitischen Herausforderungen brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Busse und Bahnen. Hier muss weiterhin kontinuierlich in eine schadstoffarme Busflotte investiert werden. Mit den Planungen für die Straßenbahnlinie 105 von Oberhausen zum Essener Hauptbahnhof setzen wir uns weiter für einen wichtigen Lückenschluss im interkommunalen Netz und zur Stärkung des schienengebundenen ÖPNV's ein.

Der Zukunft eine Perspektive – kommunale Familienpolitik

Oberhausen hat ein vielfältiges Familienbild. Patchwork-Familien werden immer mehr. Wir wollen diese Familienform auch weiterhin - mit all ihren Merkmalen - stärken und unterstützen. So fordern wir diese Thematik verstärkt bei Bildungs- und Beratungseinrichtungen in den Fokus zu stellen. Das Selbstverständnis muss wachsen. Generell wollen wir für junge Menschen alle Familienformen attraktiv machen. Das erfordert eine kinderfreundliche Umgebung und sichere Schulwege ebenso wie attraktive Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Die Stärkung des von uns initiierten Jugendparlamentes wollen wir vorantreiben und weiter stärken.

Familie und Beruf. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, gut ausgebildete Menschen, zumeist Frauen, nicht in der Berufswelt zu integrieren. Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht leider immer noch nur auf dem Papier. Im Alltag ist diese Vereinbarkeit kaum zu realisieren, oder nur unter Mithilfe eines privaten Netzwerkes. Wir fordern die Kommune auf, sich dieser Verantwortung zu stellen. Wir fordern, dass die Öffnungszeiten, der städtischen Kindertageseinrichtungen, dem tatsächlichen Betreuungsbedarf angepasst werden. Viele Familien und Alleinerziehende sind für ihre Kinder dringend auf die sichere Obhut ganztägig geöffneter Einrichtungen angewiesen. Darum bildet der Ausbau von Ganztagsbildungseinrichtungen einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit.

Vordringliches politisches Ziel in den nächsten sechs Jahren ist der weitere Ausbau eines bedarfsgerechten und qualitativ guten Angebotes an Kinderbildungsplätzen für unter Dreijährige. Die Öffnungszeiten der Einrichtungen müssen sich flexibel am Bedarf orientieren. Der Ausbau von integrativen Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Kindergärten muss gefördert werden. Wir wissen: Ein gutes Angebot an Ganztagsbetreuung und ein ausgewogenes Maß an Randzeitenbetreuung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Und wir wissen auch: Investitionen im Kinder- und Jugendbereich zahlen sich aus –für den Einzelnen und für die Gesamtgesellschaft.

Elternbeiträge. Grundsätzlich fordern wir für alle Kinder einen beitragsfreien Besuch von Kindergärten, Kindertageseinrichtungen und Tagespflege, aber auch die kostenfreie Bereitstellung von warmen Mahlzeiten. Wir streben gemeinsam mit der Landesregierung an, auch die restlichen Besuchsjahre im Bereich der Elementarerziehung beitragsfrei zu stellen. Wir sehen aber dabei gleichzeitig, dass zunächst die Qualität der Erziehung (ErzieherInnen-Kind-Schlüssel, Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals u.s.w.) im Vordergrund vor weiteren Beitragsbefreiungen steht.

Jugendliche ernst nehmen. Durch die Einführung des Jugendparlamentes haben wir die Beteiligungsmöglichkeiten der Jugendlichen in unserer Stadt entscheidend gestärkt. Seine Mitglieder werden durch die Schülerschaft aller weiterführenden Oberhausener Schulen entsandt, sodass hier tatsächlich alle Jugendlichen vertreten sind. Bereits in seiner ersten Legislaturperiode wurde das Jugendparlament an relevanten Entscheidungen der Kinder- und Jugendpolitik, wie bspw. der Neukonzeption der offenen Kinder- und Jugendarbeit für Alt-Oberhausen beteiligt. Diese wichtige Teilhabe möchten wir in Zukunft noch weiter ausbauen. So soll das Jugendparlament verpflichtend - bei allen Planungsprozessen die Jugendliche betreffen - angehört werden.

Außerdem sollen die JugendparlamentarierInnen die Möglichkeit bekommen, beratende Mitglieder mit Rederecht in die für sie relevanten Ausschüsse des Rates (z.B. Schul- oder Sportausschuss) zu entsenden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine stärkere Beteiligung auch von Kindern bspw. an Grundschulen ein, denn Kinder und Jugendlichen werden viel zu wenig in die Gestaltung ihres Lebens- und Freizeitumfeldes einbezogen. Stadtteilbezogene Jugend- und Familienforen können helfen. Dazu gehören auch Sprechstunden für Kinder und Jugendliche in den Bezirksvertretungen und regelmäßige Treffen mit VertreterInnen des Bereichs Jugend und VertreterInnen aus der Kommunalpolitik. Bei allen städtebaulichen und verkehrspolitischen Vorhaben muss Kinderfreundlichkeit neben der Sicherheit höchste Priorität haben.

Spielleitplanung. Eine durchdachte Planung für Spielplätze und Freiräume für Jugendliche ebnet den Weg zu einer kinder- und jugendfreundlichen Stadt. Wir wollen die Beteiligung von Mädchen und Jungen bei allen Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsschritten und Anhörung des Jugendparlamentes ausweiten. Wie dies vorbildlich geschehen kann, zeigt die Idee einer Umnutzung der alten Halle am Revierpark Vonderort zu einer Skater-Halle. Dies ist ein Projekt, an dessen Beratungsverfahren und an der aktiven Umsetzung, Jugendliche beteiligt werden müssen. Auch die Schaffung von Mehrgenerationenspielflächen dient der besseren sozialen Vernetzung von Jung und Alt. Diese wollen wir fordern und fördern.

Nachwuchsförderung. Parteien, Hilfsorganisationen, Sportvereine und andere Verbände klagen über Nachwuchsprobleme. Wir wollen Angebote entwickeln, um Jugendliche für ehrenamtliche Tätigkeiten zu interessieren. Ehrungen speziell von jungen engagierten EhrenamtlerInnen sollen öffentliche Anerkennung ausdrücken. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine Neuausrichtung des Stadtjugendrings ein.

Wirtschaft und Arbeitsplätze

Die Chancen des Strukturwandels nutzen. Die Wirtschaft muss Mensch und Umwelt dienen – nicht umgekehrt. Wir Grüne setzen uns daher für eine ökologische und soziale Erneuerung unserer Wirtschaftsweise ein. Als von dem Strukturwandel der letzten Jahrzehnte besonders betroffene Stadt ergeben sich daraus für Oberhausen neue Chancen. Die Ansiedlung nachhaltig handelnder Unternehmen soll aktiv gefördert werden.

Wir müssen weiterhin gemeinsam daran arbeiten, die einstige „Wiege der Ruhrindustrie“ als Unternehmensstandort attraktiv zu machen. Die kommunal beeinflussbaren Rahmenbedingungen wollen wir dabei auch weiterhin ökonomisch vernünftig, aber auch sozial und ökologisch sinnvoll gestalten. Wir befürworten daher eine Wirtschaftsförderung, die vor allem mittelständische Unternehmen und Existenzgründungen unterstützt. Denn insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zum städtischen Leben und sind darum unverzichtbar.

Durch öffentliche Auftragsvergabe gezielt fördern. Bei städtischen Auftragsvergaben soll darauf geachtet werden, die örtliche und regionale Wirtschaft und das Handwerk angemessen zu berücksichtigen. Allerdings setzen wir uns dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien dabei besondere Beachtung finden. Darüber hinaus müssen aber immer auch soziale Kriterien berücksichtigt werden. So sollen Unternehmen vorrangig behandelt werden, die Vielfalt und Inklusion in der eigenen Belegschaft nachweislich unterstützen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern faire Löhne zahlen. Solange es keinen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland gibt, muss auch das Lohnniveau städtischer Zulieferer und Dienstleister mindestens so hoch sein, dass die Angestellten ihr Einkommen nicht noch durch Sozialleistungen aufstocken lassen müssen. Wir Grüne treten auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass die Kosten auf Mensch und Umwelt durch eine nicht nachhaltige Wirtschaftsweise von den Verursachern getragen werden. Dazu wollen wir auch weiterhin das Ziel des ökologischen Wirtschaftens in den überkommunalen Gremien wie z.B. Regionalverband Ruhrgebiet, Landschaftsverband Rheinland oder den Städtetag vertreten.

Lokale Agenda. Mit der lokalen Agenda Oberhausen versuchen Menschen seit mehr als 15 Jahren soziale, ökonomische und ökologische Aspekte des Zusammenlebens in der Stadt in Einklang zu bringen. Wir GRÜNE sind dabei von Anfang an aktiv beteiligt, und werden auch weiterhin unterstützend tätig sein. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist die Anerkennung Oberhausens als Fair-Trade-Town. Dabei hat sich nicht nur die Stadtverwaltung verpflichtet, fair gehandelte

Produkte zu verwenden, sondern auch die BürgerInnen sind dazu aufgerufen. Wir GRÜNE werden dieses Projekt fördern und unterstützen.

Freizeitziel Oberhausen stärken. Als Teil der Metropole Ruhr ist Oberhausen in den letzten Jahren ein immer beliebter werdender Anlaufpunkt für den Städtetourismus. Die Weiterentwicklung kultureller Angebote als Ergänzung der Industriekultur, ein solides städteübergreifendes Radwegenetz und die Verbreitung des Leihradkonzepts „Metropolrad“ sind wichtige Schritte, die trotz wirtschaftlich schwieriger Lage realisiert werden konnten.

Kommunale Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist unser vorrangiges Ziel. Der Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit ist wichtig für die gesellschaftliche Teilhabe. Grundgedanken unserer Beschäftigungsförderung sind daher: Fördern vor Fordern; Unterstützung und respektvolle Behandlung der Arbeitslosen. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit verlangt ressortübergreifende integrierte kommunale Gesamtkonzepte. Sozialpolitik und Beschäftigungsförderung dürfen nicht nebeneinander stehen, sie haben sich zu ergänzen.

GRÜNE Beschäftigungspolitik hat unter anderem das Ziel, Erwerbslose vorrangig in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Dabei ist die Stadt mit ihren Tochtergesellschaften gefordert, ihre Möglichkeiten zur Qualifizierung und Beschäftigung extensiv nutzen. Hierzu gehört, dass die Stadtverwaltung und alle stadteigenen Betriebe Ausbildung ermöglichen müssen. Diese gut qualifizierten Menschen müssen dann dem Betrieb Stadt erhalten bleiben und im Rahmen eines Personalentwicklungskonzepts übernommen werden.

Die Lebenssituation von Langzeitarbeitslosen ist durch umfassende soziale Hilfen zu stabilisieren. Hierzu gehört der Anspruch, zulässige Ermessensspielräume wenn irgend möglich zu Gunsten der LeistungsbezieherInnen auszunutzen. Der Respekt vor den Menschen und die Beachtung ihrer Würde ist den Hilfesuchenden uneingeschränkt entgegen zu bringen.

Jobcenter. Die Stadt Oberhausen und die Bundesagentur für Arbeit betreiben gemeinsam das Jobcenter. Durch Kürzungen der Bundesmittel und parallel steigenden Anforderungen ist die Arbeitsbelastung für die Mitarbeitenden immens hoch. Dies führt unvermeidlich zu Ausfällen in der Belegschaft. Darum benötigt das Jobcenter dringend genügend gut ausgebildetes und beständiges Personal. Das Jobcenter darf nicht als eine bürokratische Verwaltungsanstalt für Arbeitssuchende enden. Der Beirat des Jobcenter soll enger im Vorfeld des Lenkungsgremiums tagen und als Vorberatungsgremium eingebunden werden.

Beschäftigungsförderung. Beschäftigungsprogramme sollen schulische Abschlüsse ermöglichen, Ausbildungsmöglichkeiten müssen eröffnet werden. Von den Beschäftigungsträgern erwarten wir Qualifizierungsschritte auch für neue Arbeitsplätze, die wirtschaftlich ausgerichtet sind und sozialen Anforderungen genügen.

Wir wollen bei der Vergabe städtischer Investitionen und Aufträge die Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose anstreben. Hier muss die örtliche Industrie und das Handwerk mitziehen. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Jugendarbeitslosigkeit gerichtet werden. Die wirkungsvollere Kooperation mit der Jugendhilfe kann helfen. Niedrigschwellige Ausbildungsmöglichkeiten sollen angeboten werden, pädagogische Begleitung der Beschäftigungsförderung muss bei Bedarf obligatorisch sein.

Finanzen

Keine weiteren Sparmaßnahmen. Unsere Aussage lautete „Sparen mit Augenmaß“, davon können und wollen wir nicht abweichen. In Oberhausen gibt es nichts mehr zu holen. Wir bleiben dabei bei unseren Grundsätzen: keine Institution radikal zu kürzen oder zum langsamen Dahinsiechen zu verurteilen, Infrastrukturen so weit wie möglich erhalten und auf Sozialverträglichkeit zu achten. So ist bei der Diskussion möglicher Konsequenzen bereits das Thema betriebsbedingten Kündigungen im Konzern Stadt aufgekommen und hat verständlicherweise für große Unruhe gesorgt. Unser politischer Wille ist klar: keine betriebsbedingten Kündigungen und ein klares Bekenntnis dazu.

Aber auch von der Bundesebene erwarten wir Unterstützung. Dies wieder einzufordern, kann auch in den nächsten Jahren nicht ausbleiben: Eine wirksame Beteiligung des Bundes an der Sicherung der Gemeindefinanzierung ist leider im Rahmen der Gemeindefinanzreform verweigert worden. Dadurch bleibt es bei der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen.

Nach der Kraftanstrengung des Landes mahnen wir nach wie vor dringend ein klares Handeln der Bundesregierung an. Speziell für die Städte im Ruhrgebiet ist eine weitere Fehlentwicklung nicht länger hinzunehmen: der Solidarpakt Ost. Die Förderung nach Himmelsrichtungen muss endlich aufhören.

Wir wollen auch zukünftig die Politik der ökologischen Erneuerung, des Erhalts unserer Kultur- und Bildungseinrichtungen, der Bürgerbeteiligung und der nachhaltigen Haushaltswirtschaft mit einem Gesamtplan über die Investitionsausgaben verbinden, der uns nicht überfordert.

Grüne Schul- und Bildungspolitik für Oberhausen

Bildungspolitik ist Zukunftspolitik, deshalb setzen wir Grüne uns für ein Zeitgemäßes Bildungssystem in Oberhausen ein. Nach unserer Auffassung beginnt Bildung nicht erst in der Grundschule und sollte sicherlich nicht nach dem Schulabschluss enden.

Politische Teilhabe. Mit der Einrichtung des Jugendparlamentes haben wir die politische Teilhabe von Jugendlichen in der vergangenen Legislaturperiode entscheidend gestärkt. Um auch jüngeren Kindern eine Form der Teilhabe zu ermöglichen unterstützen wir die Einrichtung von SchülerInnenparlamenten auch im Primarbereich und werden an den Schulen entsprechend dafür werben. Hierdurch wird Kindern die Möglichkeit gegeben, sich an Entscheidungsprozessen (bspw. bei Umgestaltungen des Schulhofes) die ihre Grundschule betreffen mitzuwirken. So ist sichergestellt, dass die Wünsche der SchülerInnen ernst genommen werden und das Demokratiebewusstsein frühzeitig geschult und nachhaltig gestärkt wird.

Offener Ganztag. Der Nachmittagsbetrieb bildet einen wichtigen Zweig des schulischen Angebots, bedarf aber auch einer angemessenen personellen wie räumlichen Ausstattung. Wir verstehen den Offenen Ganztag genau wie den gebundenen Ganztag als Bildungsangebot und nicht als reine Nachmittagsbeaufsichtigung. Die regelmäßige Teilnahme am Ganztag ist wichtig um diesem Bildungsanspruch gerecht zu werden. An dieser Stelle ist es wichtig, die Zusammenarbeit zwischen Ganztag und Freizeitangeboten wie etwa Sportvereinen und Musikschulen zu intensivieren, damit die verschiedenen Angebote nicht untereinander konkurrieren, sondern miteinander kooperieren.

Inklusion. Der gemeinsame Unterricht ist ein zentraler Baustein grüner Schulpolitik. Um diesen zu ermöglichen, müssen die Schulgebäude nicht nur barrierefrei ausgestattet werden, sondern auch Räume für eine differenzierte Betreuung durch Fachpersonal geschaffen werden. Diese Aufgabe ist für die Kommunen finanziell nicht zu stemmen, sondern nur dann, wenn das Land, dem Konnexitätsprinzip entsprechend, einen Großteil der Kosten übernimmt. Die Wirksamkeit der inklusiven Beschulung muss fortwährend evaluiert werden, um für alle SchülerInnen eine passgenaue Beschulung zu gewährleisten.

Schulsozialarbeit. Die positiven Effekte von Schulsozialarbeit als wichtiger Teil präventiver Hilfen sind unumstritten. Es ist notwendig die Oberhausener Schulen möglichst flächendeckend mit SchulsozialarbeiterInnen auszustatten. Da dies leider angesichts der angespannten Haushaltslage in Oberhausen nicht ohne Weiteres zu realisieren ist und der Bund nach dem

Ausstieg aus der Finanzierung nicht mehr zu seiner Verantwortung steht, sind wir darauf angewiesen, intensive Dialogprozesse anstoßen um neue Finanzierungsmöglichkeiten auszuloten.

Schulgebäude und Ausstattung. Die Ausstattung der Schulen muss zeitgemäß sein. Vor dem Hintergrund der Anforderungen in Ausbildung und Beruf sollen SchülerInnen möglichst früh mit modernen Medien wie bspw. Tablet-PCs vertraut gemacht werden. Die Anschaffung der notwendigen Technik ist über Querfinanzierung bzw. Sponsoring denkbar. Für ein effektives Lernen muss eine angenehme Atmosphäre geschaffen werden, hierzu ist es wichtig, SchülerInnen bei Renovierungs- und Umgestaltungsprozessen fortwährend zu beteiligen.

Ernährung. Die Ausdehnung des durch Land und EU finanzierten Schulobstprogramms ist schon ein großer Erfolg. Wir meinen jedoch, dass die Ernährung an allen Schulen im Ganztagsbereich Teil des pädagogischen Konzeptes wird, um Werte wie Ökologie und Gesundheit, aber auch Esskultur und das Verhalten in der Tischgemeinschaft zu vermitteln. Im Vordergrund muss hier stehen, dass die mit den Kindern gemeinsam zubereiteten Mahlzeiten nicht nur gesund sind, sondern ihnen auch schmecken. Weiterhin ist es wichtig, dass allen SchülerInnen, egal aus welchen wirtschaftlichen Verhältnissen sie kommen, ermöglicht wird, am gemeinsamen Mittagessen im Ganztage teilzunehmen. Hierzu ist es notwendig, ein Modell zu entwickeln, dass kein Kind dem anderen beim Essen zuschauen muss.

Lebenslanges lernen. Die voranschreitende Globalisierung und der technische Fortschritt stellen BürgerInnen jeden Alters ständig vor neue Herausforderungen. Aus diesem Grund darf Bildung nicht nach Ablauf der Schulzeit enden, vielmehr muss lebenslanges Lernen zum Standard werden. Hierzu gehört insbesondere die Aufrechterhaltung des Angebotes und die zeitgemäße personelle, räumliche und technische Ausstattung der Bibliotheken und der Volkshochschule.

Länger gemeinsam lernen. Mit dem Schulkonsens hat die rot-grüne Regierung auf Landesebene die Voraussetzungen für ein längeres, gemeinsames Lernen entscheidend verbessert. Wir sind in Oberhausen mit dem Auslaufen der Hauptschulen einen wichtigen Schritt in Richtung einer zeitgemäßen Schullandschaft gegangen. Wir setzen uns für die Gründung einer Sekundarschule auf Oberhausener Stadtgebiet ein, denn nur wenn SchülerInnen länger gemeinsam lernen, können sich die Fähigkeiten einzelner optimal entwickeln und vorhandene Schwächen aufgefangen werden

Schulentwicklungsplanung. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist der bestehende Schulentwicklungsplan ständig zu überprüfen und fortzuschreiben. Die stetig sinkenden SchülerInnenzahlen macht die Neuausrichtung der Oberhausener Schullandschaft unausweichlich. Gerade im Primarbereich ist es uns jedoch wichtig, höchst sensibel und immer unter der Prämisse „kurze Beine - kurze Wege“, an diesem Thema zu arbeiten.

„Gender Mainstreaming“ als Konzept für die Stadt der Zukunft: Hälfte der Verantwortung den Männern – Hälfte der Macht den Frauen

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kernziel grüner Politik. Wir Grüne leben diese Forderung konsequent – mindestens die Hälfte aller Positionen wird bei uns von Frauen besetzt. Gleichstellung kann nur dann wirksam umgesetzt werden, wenn die Geschlechterfrage weder zu einem „Frauen“- , noch zu einem „Männerproblem“ gemacht wird, sondern gemäß dem Leitbild „Gender Mainstreaming“ als immer beide Geschlechter berührende Aufgabe angesehen wird. Es gibt keine geschlechtsneutrale Politik. Frauenpolitik und Männerpolitik stecken in jedem Themengebiet. Um Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern durchzusetzen, muss Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe verstanden und fest in allen Entscheidungen und Prozessen verankert sein. Dies erfolgreich umzusetzen, bedarf einer strukturierten Politik - auch auf kommunaler Ebene.

Gender Mainstreaming fest in die Oberhausener Kommunalpolitik integrieren

Wir wollen einen Gleichstellungsausschuss einrichten, der sich mit allen Genderbereichen beschäftigt, politische Konzepte und Maßnahmen systematisch hinterfragt, kommunale Vorhaben auf Geschlechtergerechtigkeit überprüft, eigene Initiativen einbringt und die Arbeit der Gleichstellungsstelle unterstützt.

Wir wollen Schieflagen der Haushaltsplanung aus frauenpolitischer Sicht korrigieren. Wenn öffentliche Gelder ausgegeben werden, muss das Geschlechterverhältnis in Rechnung gestellt werden. Dazu muss bekannt sein, ob und wie sich Investitionen bzw. Kürzungen in bestimmten Bereichen auf Männer und Frauen auswirken. Wir wollen, dass die Verwendung der öffentlichen Ausgaben regelmäßig auf das Ziel Gleichstellung der Geschlechter überprüft wird. Deshalb soll die Haushalts- und Finanzpolitik der Stadt Oberhausen dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet werden. Dieser Ansatz soll dafür sorgen, dass die finanziellen Ressourcen gerecht verteilt werden.

Gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt

Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen heißt für uns nicht nur, das Recht der Frauen auf gerechte Teilhabe am Erwerbsleben durchzusetzen, sondern auch, das Recht der Männer auf Familie zu stärken. Daher fordern wir Grüne ernsthafte Maßnahmen in der Arbeitszeitpolitik ein, hin zu existenzsichernder Teilzeit für beide Elternteile. Noch immer tragen Frauen die Hauptlast, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Wir wollen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer gleichermaßen, u.a. zur Unterstützung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Elternzeit. Um dies jedoch zu ermöglichen, muß z.B. gewährleistet sein, dass Kinderbetreuung nah und flexibel angeboten werden. Hier kann die Stadtverwaltung eine Vorbildfunktion übernehmen, u.a. durch Beratungsangebote und das Werben für mehr Akzeptanz.

Besonderes Augenmerk legen wir darauf, endlich die Forderung von gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Wir wollen den Anteil der Männer in sozialen Berufen, wie z.B. Alten- und Krankenpfleger sowie Erzieher und Grundschullehrer erhöhen. Städtische Einrichtungen haben hier eine Vorbildfunktion. Kommunale Wirtschaftsförderung und Existenzgründung muss die Chancen sowohl für Frauen und Männer öffnen. Wir fordern eine Frauenquote in Führungspositionen und in Aufsichtsräten.

Trotz Frauenförderplan, regelmäßiger Berichterstattung im zuständigen Ausschuss und wohlwollender Absichtserklärungen ist die Stadtverwaltung wie auch jedes ihrer Beteiligungsunternehmen nach wie vor eine Männerdomäne. Frauen sind in allen Führungsebenen unterrepräsentiert: Je höher die Führungsebene, desto geringer der Frauenanteil. Da, wo wir direkte Einflussmöglichkeiten hatten, ist es uns gelungen, diese Quote zu verbessern. So haben wir mit der Wahl unserer Dezernentin für Umwelt, Gesundheit und Stadtentwicklung dafür gesorgt, dass eine Frau im Verwaltungsvorstand sitzt. Wir werden in unserem Wirkungsbereich weiter für die Erhöhung der Zahl von Frauen in höheren Hierarchieebenen sorgen.

Angesichts der Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik, darf hier die Politik nicht zurückstehen. Wir wollen uns für Wahlrechtsänderungen einsetzen, die Parität sichern. Mangelnde paritätische Besetzung begünstigt ungleichberechtigte politische Entscheidungen.

Benachteiligungen und Gefährdungen entgegenwirken

Bei allen gefährdeten und benachteiligten Gruppen müssen die kommunalen Hilfen, wie soziale Integration, Stärkung der Selbsthilfekompetenz usw. auf die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern zugeschnitten sein. Doch noch immer beziehen auch in Oberhausen deutlich mehr Frauen ALG II als Männer. Besonders betroffen sind allein erziehende Frauen. Wir fordern die Verwaltung auf, die Entwicklung von arbeitsmarktintegrativen Maßnahmen unter der besonderen Berücksichtigung von langzeit- arbeitslosen, älteren und/oder allein erziehenden Frauen zu unterstützen, um Frauenarmut entgegenzuwirken.

In unseren Alten- und Pflegeheimen leben ca. 80% (noch zu überprüfen) Frauen. Ein individuelles Fallmanagement muss ihre Wünsche nach einer weitestgehend autonomen Lebensweise berücksichtigen. Dabei müssen die unterschiedlichen Lebensentwürfe von Frauen im Alter stärker berücksichtigt werden.

Gewalt gegen Frauen und Kinder darf nicht bagatellisiert werden. Öffentlicher Schutz für Frauen darf keine „freiwillige“, sondern muss als „Pflichtaufgabe“ der Kommune angesehen werden. Wir Oberhausener Grüne setzen uns ein für eine ausreichende Finanzierung der bestehenden Beratungsstelle „Frauen helfen Frauen“ und des Oberhausener Frauenhauses ein. Schulungen sollen MitarbeiterInnen der Oberhausener Stadtverwaltung unterstützen, so dass sie die schwierigen Lebenssituationen der Opfer erkennen und entsprechend schnelle Hilfen ermöglichen können. Dazu gehört die aktive Aufklärung, dass Zwangsheirat oder Mord aus Ehre nicht toleriert werden und Menschen, die davon bedroht sind, ausreichende umfassende Hilfe erhalten. Die Durchführung von Präventionskursen an Oberhausener Schulen soll Kindern und Jugendlichen zeigen, dass Gewalt kein Weg ist, und Opfern von Gewalt Möglichkeiten aufzeigen, wie sie Hilfe finden können.

Oberhausen hat einen großen Rotlichtbezirk. Wir fordern, daß die Stadt Oberhausen nach Möglichkeiten sucht, um Vereine wie Solwodi, die Prostituierten Hilfe anbieten, finanziell zu unterstützen.

Kunst und Kultur - wichtiger denn je.

Kunst und Kultur haben es in Zeiten klammer Kassen schwer. Kulturförderung ist noch immer keine Pflichtaufgabe der Kommunen, sondern gilt als freiwillige Leistung. Kunst und Kultur sind jedoch kein Luxus, sondern ist für alle da, unabhängig vom gesellschaftlichen Status, von finanziellen Möglichkeiten und von der Herkunft. Kulturelles und soziokulturelles Leben muss möglichst viele Menschen erreichen. Kulturpolitik muss kulturelle Vielfalt in all ihren Ausprägungen fördern. Freie Kultur und Soziokultur sind dabei genauso unverzichtbar wie die traditionellen Institutionen, wie zum Beispiel das Theater Oberhausen. Und um sich in ihrer ganzen Vielfalt entfalten zu können, brauchen Kunst und Kultur Freiräume.

Kultur als öffentliche Aufgabe. Nicht erst seit der Kulturhauptstadt Ruhr.2010 hat Kultur in Oberhausen einen besonderen Stellenwert. Oberhausen kann stolz sein auf sein vielfältiges und qualitativ hervorragendes kulturelles Angebot, das trotz knappester finanzieller Mittel der Stadt aufrechterhalten werden konnte. Wir sprechen uns für den Erhalt des Kulturetats in Oberhausen aus. Damit leisten wir uns Angebote, um insbesondere Kinder und Jugendliche zu erreichen und unserem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Investitionen in die kulturelle Bildung der jungen Generation sind Investitionen in die Zukunft.

Wir wollen den Erhalt des städtischen Kulturetats für das Theater und für die Internationalen Kurzfilmtage, die Strahlkraft über die Stadtgrenzen hinaus besitzen. Vor dem Hintergrund großer Sparanstrengungen in der Vergangenheit gilt für uns: Mehr sparen geht hier nicht! Ob es in Zukunft Einsparmöglichkeiten z.B. durch Fusionen und Zusammenarbeit mit anderen Instituten gibt, muss zügig ermittelt und gegebenenfalls umgesetzt werden.

Kulturinstitute stützen. Eine Vielzahl von Bildungseinrichtungen bereichern das kulturelle Leben: Die Stadtbibliothek mit Stadtteil- und Schulbibliotheken sind als wichtige Anlaufstelle für alle Altersgruppen vor Ort aus den Stadtteilen nicht wegzudenken. Der Stellenwert von Bibliothek und Volkshochschule, aber auch die Qualität des Bert-Brecht-Hauses für die Entwicklung der Innenstadt nicht zu unterschätzen. Die Gebührengestaltung von z.B. Volkshochschule, Musik- und Malschule und Bibliothek muss sich an der Kaufkraft Oberhausener BürgerInnen orientieren, so dass alle BürgerInnen einen Zugang zur Kultur und Bildung haben. Die Angebote der Städtischen Musikschule und Malschule sowie der Kooperationen mit Schulen, die Kulturbotschafter und Kulturschulen sowie das Projekt ‚Jedem Kind ein Instrument‘ sollen gestärkt und weitentwickelt werden.

Erfolgreiche Kulturstandorte sollen richtungsweisendes Vorbild auch für andere Standorte sein: Mit dem Bert Brecht Quartier konnte in der Verknüpfung von Kunst und Kultur und in einem einzigartigen städtebaulichen Ensemble ein Kristallisationspunkt mit Strahlkraft entwickelt werden, der auch den öffentlichen Platzraum in vorbildlicher Weise mit einbezieht. Dieses Erfolgsmodell soll Vorbild sein auch für andere Quartiere. In Lirich entsteht in der Verbindung von VHS und Stadtarchiv bereits ein weiteres Forum. Dies ist eine Chance, sich zu einem Haus der Oberhausener Geschichte zu entwickeln und ein Forum für Geschichtsarbeit und Initiativen zu werden. Die Gedenkhalle erfüllt gerade in der heutigen Zeit ein mahnendes Beispiel, wenn es um Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Zwangsarbeit geht. Die neue Dauerausstellung wichtig ist, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene an diese Themen heranzuführen und um weitere Aufklärung zu betreiben, was die Geschichte Oberhausens im Nationalsozialismus angeht.

Kunst im öffentlichen Raum bereichert unser Stadtbild. Sie muss gepflegt und erhalten werden.

Kultur von unten/Freie Kulturszene

Neben den klassischen Kulturinstitutionen bereichert eine breite Szene von freien Kulturproduzenten und soziokulturellen Initiativen Oberhausen und trägt zum besonderen Stellenwert unserer Stadt im Ruhrgebiet bei. Oberhausens soziokulturelle Zentren sind beispielgebend für die ganze Region. Fabrik K14, Jugend- und Kulturzentrum Druckluft, Ruhrwerkstatt, Zentrum Altenberg und Alte Heid leisten einen unersetzlichen Beitrag zur kulturellen Vielfalt. Ihre Unterstützung bedarf unserer besonderer Aufmerksamkeit. Der Zugang zu Olgas Rock muss kostenfrei bleiben. Wir setzen uns nachdrücklich für eine Stärkung der freien Kulturszene ein. Es muss im städtischen kulturellen Raum Platz sein für innovatives, unkonventionelles, reflexives kulturelles Schaffen.

Kultur für alle In Oberhausen muss die Vielfalt der Gesellschaft auch in seinen kulturellen Programmen Projekten gerecht werden. Die interkulturelle Gesellschaft wird nicht erst in Zukunft Realität - sie ist es längst und bereichert das Zusammenleben in der Stadt. Wenn immer mehr Menschen aus anderen Kulturkreisen bei uns leben, gilt es Raum zu schaffen auch für die kulturelle Teilhabe von OberhausenerInnen mit Migrationshintergrund – durch kulturelle Schwerpunktprojekte und Kooperationen, insbesondere auch Akzente in der interkulturellen Bildung und Kinderkultur.

Kultur vor Ort. Einer vorhandenen oder noch nicht vorhandenen Kunst- und Kulturszene muss man genügend Freiräume bieten – nicht nur an wenigen Orten, sondern in allen Stadtteilen.

Auch die kulturellen Initiativen in den Stadtteilen sind für die OberhausenerInnen von besonderer Wichtigkeit. Sowohl die Angebote der großen Institutionen in den Stadtteilen als auch die der vielen kleinen Initiativen und Vereine ermöglichen die Partizipation all jener am kulturellen Leben, die weniger mobil sind. Dieses vielfältige Angebot gilt es weiterhin zu erhalten und zu fördern.

Auch sollte der Oberhausen-Pass auf kulturelle Events ausgeweitet werden, um eine möglichst breite Teilhabe zu gewährleisten.

Möglichkeitsräume. Damit sich die „Wirtschaft der Kreativen“ weiterhin entfalten kann, müssen bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sein. Dazu ist aber u. a. auch finanzielle Unterstützung wichtig - mit der Perspektive, dass sich Investitionen hier auszahlen.

Der Leerstand in Oberhausen bietet den KünstlerInnen gerade in den innerstädtischen Bereichen große Möglichkeiten nahe am Bürger zu sein und seine Kunst präsentieren zu können. Das muss gefördert werden.

Die Bedeutung des Kreativsektors nimmt zu. Die „Kreativwirtschaft“ wird oft noch unterschätzt. Ihr Anteil wächst stetig und bietet z. B. auch in Oberhausen noch reichlich Wachstumspotenzial. Dies wollen wir unterstützen.

Sport – gesund, sozial, bildend

Sport baut Brücken. Sport knüpft aber auch Verbindungen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters und fördert nachweislich die Gesundheit. Sport leistet einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es geht um Kinder, Jugendliche und Ältere, um Bewegung von Menschen mit und ohne Behinderung. Alle BürgerInnen haben daher einen Anspruch auf einen gleichberechtigten Zugang.

Sportvereine. Die 240 Oberhausener Sportvereine und ihre rund 42000 Mitglieder stehen vor großen Herausforderungen, da sie unter anderem mit anderen Freizeitangeboten und kommerziellen Anbietern in Konkurrenz stehen. In Vereinen muss der ehrenamtlichen Breiten- und Freizeitsport, aber auch der Leistungssport seinen Platz haben, denn dies ist für uns eine wichtige Querschnittsaufgabe. Wir erwarten von den Oberhausener Sportvereinen, dass diese Werte wie Fairness, Toleranz und Respekt vermitteln. Sport kann Vorurteile abbauen. Wir wollen daher Projekte unterstützen, die sich gegen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt im Sport wenden. Ein positives Beispiel ist das RWO Fanprojekt. Koordinierend sollte hier der Stadtsportbund verbindlich eingebunden werden.

Breitensport. Aber aktiver Sport ist nicht nur an Vereine gebunden. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der vielen nicht organisierten FreizeitsportlerInnen verbessern. Angebote für den Breitensport müssen ein unverzichtbarer Bestandteil der Sportstättenentwicklung und der generellen Stadtentwicklung werden. Mit dem bereits verabschiedeten Sportstättenkonzept werden wir daher unter anderem die Qualität des Angebotes wesentlich verbessern und ausbauen. Dabei geht es uns um Bewegung im Alltag, um Radwege und Trimm-dich-Pfade und um Präventions-Sport.

Ehrenamtliches Engagement. Ohne ehrenamtliches Engagement Einzelner im Sport, auch kleiner Vereine, wächst kein Breiten- und Leistungssport und somit keine Gemeinschaft. Vereine kämpfen oft um ihre finanziellen Rahmenbedingungen, da sie durch Beitragszahlungen ihrer Mitglieder keine auskömmliche Grundfinanzierung erhalten. Auch die Zuschüsse der Sportverbände decken oft nicht die Kosten für Trainer und Übungsleiter. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Oberhausener Sportvereine durch kommunale Haushaltsmittel gefördert werden.

Interkultureller Sport. Der Zugang zum Sport ist insbesondere für viele Menschen mit Migrationshintergrund und hier vor allem für Kinder und Jugendliche keine Selbstverständlichkeit. Bewegungsarmut und Übergewicht treten bei ihnen nachweislich häufiger auf. Wir unterstützen Projekte, die das interkulturelle Verständnis im Verein fördern. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Projekt „Integration durch Sport“ des kommunalen Integrationszentrums und die Durchführung der Oberhausener Sportnächte.

Nachhaltige Sportstättenentwicklung Wir setzen uns dafür ein, dass Sport, Umweltschutz und Klimaschutz Hand in Hand gehen. Wir wollen daher energetisch sanierte Sportanlagen, natur- und landschaftsschutzverträgliche Sportstätten die mit dem ÖPNV gut und barrierefrei erreichbar sind. Dabei ist der demographische Wandel in der Gesellschaft zu berücksichtigen.

Spiel- und Bewegungsfreundliche Umgebung Der öffentliche Raum soll so gestaltet sein, dass Bewegung und Spiel möglich sind. Damit stellen wir sicher, dass in den Quartieren besonders Kindern und Jugendlichen, aber auch älteren BürgerInnen, Bewegungsangebote zur Verfügung stehen. Spiel- und Sportplätze sollten zum bewegen einladen.

Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben – Inklusives Oberhausen

Wir verstehen Inklusion deutlich weitreichender als nur auf Menschen mit Behinderung bezogen. Auch durch Sprachbarrieren oder mangelnde Mobilität im Alter werden Menschen vom gesellschaftlichen Leben zum Teil ausgegrenzt. Zentrales Ziel unserer Inklusionspolitik ist es, dass alle Menschen in unserer Gesellschaft die Möglichkeit haben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Hierzu gehören unter Anderem ein persönliches Budget, Mobilität, politische Teilhabe und sozialer Schutz.

Inklusion als Querschnittsaufgabe. Inklusion zieht sich durch nahezu alle politischen Handlungsfelder, für die die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden müssen. Deshalb beteiligen wir uns aktiv an der Entwicklung und Umsetzung eines kommunalen Inklusionsplans. Hier müssen Standards für soziale und stadtplanerische Maßnahmen gesetzt werden um zu gewährleisten, dass künftige Vorhaben in Oberhausen verpflichtend auch vor dem Hintergrund der Inklusion geplant und durchgeführt werden.

Mobilität. Auch für Menschen mit Mobilitätseinschränkung am Stadtrand muss es weiterhin möglich sein, mit zumutbarem Aufwand und in angemessener Zeit die Stadtteilzentren und Nebenzentren zu erreichen. Hierzu ist es notwendig, dass diese Randquartiere in ausreichender, regelmäßiger Taktung an das öffentliche Nahverkehrsnetz angebunden bleiben. Außerdem müssen die Haltestellenfahrpläne in ihrer Schriftgröße auch für Bürgerinnen und Bürgern mit einer Sehschwäche lesbar sein.

Nahversorgung. Besonders für ältere Menschen und Menschen mit körperlicher Einschränkung ist eine funktionierende Nahversorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs notwendig. Darum ist es für uns wichtig, Maßnahmen zu entwickeln um kleinere Lebensmittelgeschäfte vor Ort zu erhalten. Darüber hinaus fördern wir den Ausbau mobiler Ergänzungen zum bestehenden Angebot.

Gebäude und Straßenverkehr. Die Barrierefreiheit öffentlicher Einrichtungen muss zum Standard werden, dies gilt es insbesondere bei Neubaumaßnahmen und Neuanmietungen zu beachten. Zur Barrierefreiheit gehören bspw. Sprachansagen in Fahrstühlen oder mehrsprachige Hinweisschilder. Alle künftig neu gestalteten Gehwege und neu aufgestellte Ampelanlagen müssen sehbehindertengerecht ausgestattet sein.

Politische Teilhabe. Die Teilhabe fängt bei der Nachvollziehbarkeit von politischen Beratungen und Entscheidungen an. Deshalb müssen nach unserer Ansicht zumindest die Beschlussvorschläge von Rats- und Ausschussvorlagen auch barrierefrei, das heißt in leichter Sprache verfügbar sein.

Oberhausen- sozial und engagiert

Wir GRÜNE wollen eine politische Kultur der Solidarität in Oberhausen, in der Respekt, Toleranz und gegenseitige Hilfe für die Gemeinschaft selbstverständlich sind. Wir wollen eine gerechte, zivile BürgerInnengesellschaft, die von humanen Werten getragen wird. Unsere Stadtpolitik ist auf die Teilhabe aller Menschen am Gemeinleben ausgerichtet. Nur wenn gewährleistet ist, dass kein Mensch aufgrund seines sozialen Status oder seiner Herkunft ausgegrenzt wird, ermöglichen wir Menschen ihren Weg zu gehen und ermöglichen somit Teilhabe.

Oberhausen Pass. Er soll allen wirtschaftlich schwach gestellten OberhausenerInnen den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen erleichtern. Mit einer Ermäßigung bei Bus und Bahn, bei städtischen und stadtnahen Einrichtungen im Freizeit-, Sport- und Kulturbereich muss die Voraussetzung zur Teilhabe am sozialen Leben geschaffen werden. Dies sollte ebenfalls für private Anbieter selbstverständlich werden.

Sozialberichterstattung. Wir wollen eine fundierte Lebenslagenberichterstattung, hierzu muss der bestehende Sozialstrukturatlas fortgeschrieben und differenzierter ausgearbeitet werden. Dieser bildet ein hervorragendes Instrument für eine steuernde und vorausschauende Sozialpolitik. Nur mithilfe einer fundierten Datenbasis können passgenaue präventive Angebote entwickelt werden, welche sich letztlich gesellschaftlich und wirtschaftlich auszahlen.

Sozialraumorientierung. Effiziente Sozialpolitik ist nicht isoliert und rein gesamtstädtisch zu realisieren. Deshalb ist es wichtig, dass Sozial-, Jugendhilfe- und Alten- und Pflegeplanung nicht nur untereinander eng zusammen arbeiten, sondern auch weitere Planungsbereiche in der Stadtverwaltung, wie bspw. die Stadtplanung und die Gesundheitsplanung in ihre Arbeit mit einbinden. Um diesen Austausch zu gewährleisten soll ein regelmäßig tagendes Lenkungsgremium zur sozialpolitischen Planung eingerichtet werden. Nicht nur die Verwaltungsinternen Stellen sind in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, sondern auch die Wohlfahrtsverbände.

Da die Sozialplanung nicht von Sozialraum auf Sozialraum übertragen werden kann, ist es unerlässlich die Akteure vor Ort mit ihren täglichen Erfahrungen, die sich statistisch nicht erfassen lassen, stetig mit einzubeziehen. Als wirksames Instrument sehen wir kleinräumige, unterjährige Quartiersgespräche ergänzt durch, eng an den dort ermittelten Bedarfen ausgerichteten Sozialraumkonferenzen. Dieser Prozess muss als beteiligungsorientiertes Verfahren, d.h. unter ständiger Einbindung und aktiver Mitarbeit interessierter Bürgerinnen und Bürger vor Ort,

angelegt sein. Die notwendigen Ressourcen für diese Form der sozialraumorientierten Arbeit müssen in der Verwaltung sichergestellt sein.

Beratungsangebote. Lokal gewachsene Träger psychosozialer und kultureller Hilfsangebote sind zu fördern und zu stärken. Ihre Vielfalt muss erhalten bleiben. Die Existenz kleiner und finanziell oft schlecht ausgestatteter Träger ist zu sichern. Das Mosaik von Selbsthilfegruppen darf nicht beschädigt werden.

Die rechtlichen Möglichkeiten der Betroffenen sind oftmals schwer zu durchschauen. Darum werden wir uns für die Schaffung und den Erhalt der unabhängigen Beratungsstellen zu den Themen ALG-II, Sozialhilfe und Grundsicherung, sowie der Schuldnerberatung (und die Ergänzung um präventive Angebote) einsetzen. Der begonnene Prozess der Entbürokratisierung ist zu intensivieren und zu vertiefen.

SeniorInnenpolitik. Mit zunehmendem Alter ändert sich das Leben aller Menschen. Die Erhaltung der Selbstständigkeit hängt oftmals von vielen kleinen Unterstützungen ab. Hilfen werden benötigt im Haushalt, bei Besorgungen oder bei der Kommunikation mit Ämtern. Unsere Politik richtet sich an Zielen aus, die Angehörige unterstützt und eine verbesserte Abstimmung von helfenden Angeboten sicherstellt. Wir fordern angemessene, verständliche Informationen und den Aufbau eines Netzwerkes für niedrigschwellige Angebote zur Stärkung aller Beteiligten.

Nicht die Wirtschaftlichkeit, sondern die Lebensqualität muss Schwerpunkt kommunaler Pflegeplanung sein. Die Ausrichtung auf die traditionellen Einrichtungen darf nicht starr sein. Ein breites, differenziertes und vor allem flexibles Angebot für unterschiedliche Zielgruppen und unterschiedliche Bedarfsphasen ist zu entwickeln und weiterzuführen. Wir streben die Abkehr von den Großeinrichtungen vergangener Jahrzehnte an. Ältere und pflegebedürftige Menschen wünschen kleine, überschaubare Heimeinrichtungen. Diese müssen in den Stadtteilen integriert sein. Unser Ziel ist die Stärkung der Selbstständigkeit jedes/jeder Einzelnen, unabhängig vom Alter.

Lokale Gesundheitspolitik

Prävention lohnt sich! Prävention ist bekanntlich der beste Gesundheitsschutz. Viel Bewegung, eine ausgewogene Ernährung und genügend Zeit für Entspannung führen zu einer Steigerung des individuellen Wohlbefindens. Im Arbeitsleben kann dies durch ein gezieltes betriebliches Gesundheitsmanagement unterstützt werden.

Alle Im Blick haben Kommunale Gesundheitspolitik muss die ganze Gesellschaft im Blick haben und Antworten auf die Entwicklungen haben. Verstärkt müssen wir uns um psychische Probleme in Familien und dort insbesondere bei Kindern und Jugendlichen kümmern. Deshalb ist es ein Erfolg, das eine Tagesklinik zur Behandlung von psychischen Erkrankungen bei Jugendlichen nach Oberhausen kommt. Aktuell ist zudem das Thema Mobbing. Wir können nicht hinnehmen, dass bereits Grundschulkinder so stark gemobbt werden, dass sie Angst haben in die Schule zu gehen. Hier müssen die vorhandenen Präventionsangebote in den Schulen verstärkt genutzt werden.

Vernetzung von ambulant und stationär Die demografische Entwicklung ist auch eine besondere Herausforderung für unsere Krankenhäuser. Um diese Herausforderung zu meistern sitzen seit einem Jahr Stadt, Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte und Vertreter der Patientinnen und Patienten zusammen am Tisch. Uns geht es darum, den Menschen individuell eine optimale Betreuung zu bieten und ein Zurück ins selbstbestimmte Leben zu ermöglichen. Medizinische und pflegerische Vernetzung und Kooperationen müssen weiter ausgebaut werden.

Selbsthilfegruppen integrieren und ernst nehmen Der Fachverstand und die Arbeit der Selbsthilfegruppen müssen viel stärker anerkannt und auch in die ärztliche Arbeit integriert werden. Mit dem DPWV als Koordinator der Selbsthilfe wird ein differenziertes Unterstützungsangebot gewährleistet. Und auch weitere niedrigschwellige Anlaufstellen, wie z.B. die AIDS-Hilfe, Frauen helfen Frauen, bilden eine wichtige Ergänzung des medizinischen Angebotes.

Krisenmanagement verbessern Multiresistente Keime (MRSA) sind eine der aktuellen Herausforderung an die Hygienesituation von Krankenhäusern. Die Ansteckungsgefahr ist enorm hoch, die Folgen oft eine persönliche Katastrophe. Deswegen müssen die Krankenhäuser und das öffentliche Gesundheitswesen die Situation sehr genau im Blick haben. Das Gesundheitsamt muss die Untersuchungsergebnisse der Kliniken kennen und im Rahmen eines Netzwerkes müssen die zu treffenden Maßnahmen mit allen Akteuren abgestimmt werden.

Interkultur als Tatsache - Integration als Zukunftsaufgabe

Interkulturelles Zusammenleben ist in Oberhausen ein fester Bestandteil der städtischen Gemeinschaft. Unsere Stadtgesellschaft wird von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalität, Religion, Kultur und von ihren spezifischen Kompetenzen geprägt. Das Zusammenleben von Menschen mit kulturellen Unterschieden bedeutet vor allem eine bereichernde Vielfalt für die Oberhausener BürgerInnen. Für uns GRÜNE basiert Integration auf den Menschenrechten und dem Grundgesetz und bedeutet für das Leben jedes Menschen soziale Chancengleichheit, Bildung und kulturelle Selbstbestimmung. Ziel ist der Abbau von Diskriminierung und Vorurteilen. Wir unterstützen die aktive Mitgestaltung von Integration der BürgerInnen mit Zuwanderungsgeschichte, u.a. durch die enge Kooperation mit den Migrantenselbstorganisationen.

Umsetzung des Oberhausener Integrationskonzeptes. Die GRÜNEN in Oberhausen gehen davon aus, dass eine interkulturelle Öffnung der Institutionen einer der wichtigsten Bausteine von Integration darstellt. Zur Herstellung sozialer Chancengleichheit hinsichtlich des Zugangs zu öffentlichen Institutionen bedarf es einer zeitgemäßen, strategisch gut gesteuerten Integrationspolitik für BürgerInnen mit Migrationshintergrund. Seit dem Jahr 2003 gibt es das "Kommunale Integrationskonzept für Oberhausen". In der letzten Wahlperiode ist es uns gelungen, die Umsetzung dieser konkreten Handlungsempfehlungen anzustoßen. Dieser Prozess muss weiterhin intensiv begleitet und weiterentwickelt werden. Die Einrichtung des kommunalen Integrationszentrums ist für Oberhausen eine Bereicherung und setzt die gute Arbeit, die die RAA bislang geleistet hat, gebündelt fort. Zudem ergibt sich die Möglichkeit alle Stellen, die sich in der Stadtverwaltung mit dem Thema Integration befassen, an diesem Ort zusammenzuführen. Durch die zusätzliche Benennung einer Integrationsbeauftragten bzw. eines Integrationsbeauftragten soll erstmalig die Möglichkeit geschaffen, integrationsrelevante Maßnahmen in unserer Stadt nachhaltig zu steuern. Für die anspruchsvollen Steuerungsaufgaben zur Umsetzung dieses Konzeptes wollen wir mehr finanzielle Ressourcen.

Aktive Integrationspolitik. Wir wollen Integration, unter anderem, durch frühkindliche Sprachförderung stärken. Diese Förderung soll institutionell mit städtischer Hilfe durchgeführt werden. Aber auch die Eltern sollen die Chance auf professionelle Unterstützung erhalten. Ihnen sollen Sprachkurse und Elternkurse angeboten werden. Die sprachlichen, kulturellen und sozialen Hintergründe erfordern Netzwerke, die es den Familien ermöglichen, interkulturelle Erziehung institutionell in Anspruch zu nehmen. In der Stadtentwicklung muss für die interkulturellen Prozesse Raum und Zeit geschaffen werden. Integration beinhaltet aber nicht nur

Sprachförderung. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Akzeptanz der Interkultur, mit dem Weitblick diese zukünftig als Chance zu verstehen und nicht als Schwäche für die Kommune. Deswegen fordern wir weiterhin die Schulung aller städtischen MitarbeiterInnen zur interkulturellen Kompetenz.

Berufliche Perspektive für jede und jeden. Integration von BürgerInnen mit Migrationshintergrund setzt voraus, dass ihnen die Chance gegeben wird, am Erwerbsleben gleichberechtigt teilzunehmen. Für jugendliche Migrantinnen und Migranten ist es erheblich schwerer, eine qualifizierte Berufsausbildung zu erhalten. Es ist immer noch eine über den Durchschnitt liegende Arbeitslosenquote unter den BürgerInnen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen. Folglich sind BürgerInnen mit Migrationshintergrund einer höheren Gefahr der Verarmung ausgesetzt.

Auch hier bedarf es einer guten Vernetzung aller in der Jugend-, Schul- und Arbeitsmarktpolitik Tätigen sowie der örtlichen Wirtschaft, um die einzelnen Handlungsempfehlungen des Oberhausener Integrationskonzeptes umzusetzen. Diese Empfehlungen sind bereits für die Bereiche Bildung, Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung ausgearbeitet und müssen nun weiter in der Praxis angewandt werden. Gerade vor dem Hintergrund unserer kommunalen Finanzlage ist es politisch nicht zu verantworten, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich zu vernachlässigen.

Angebote für Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund verbessern. Es gibt kulturelle Unterschiede im Umgang mit Gesundheit und Krankheit, mit Körper und Sexualität. Aus dem Grunde wollen wir städtische Weiterbildungsmaßnahmen, in denen in der Pflege und im Gesundheitswesen tätige Menschen interkulturelle Kompetenzen erwerben können. Wir fordern die Institutionen der Regelversorgung auf, ihr Handeln kultursensibel auszurichten. In den städtischen Alteneinrichtungen soll ein Konzept zur interkulturellen Wohnform Pflege und eine entsprechende Angebotsstruktur ausgearbeitet werden.

Integrationsperspektiven für Flüchtlinge. Wir wollen, dass die Oberhausener Verwaltung alle Möglichkeiten der gesetzlichen Bleiberechtsregelung zu Gunsten der betroffenen Menschen ausnutzt. Aus unserer Sicht ist es Aufgabe der Verwaltung, Flüchtlinge intensiv bei der Suche nach Arbeit zu unterstützen. Darüber hinaus muss der Zugang zu niedrigschwelligen Beratungs- und Fürsorgeangeboten sichergestellt werden, so dass die soziale und gesundheitliche Situation von Personen ohne Aufenthaltsstatus in Oberhausen verbessert wird. Zudem fordern wir, wieder zum Ausbau von dezentralen Wohneinheiten zurückzukommen. Ansiedlungen an zentralen Standorten sollen zukünftig vermieden werden.

Oberhausen hat Platz für viele Lebensentwürfe – Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender gehören dazu

Vielfältige Lebensentwürfe sind die Realität in unserer Gesellschaft. In diesem Pluralismus sehen wir ganz ausdrücklich eine Bereicherung, aber auch eine politische Herausforderung.

Lesben und Schwule haben auf ihrem Weg zur gesellschaftlichen Akzeptanz viel erreicht. Dass lesbische und schwule Paare seit 2001 die Möglichkeit haben, eine eingetragene Lebenspartnerschaft einzugehen, wäre ohne die Grünen in der Bundesregierung nicht realisiert worden. Doch trotz aller Erfolge - eine Gleichstellung ist noch nicht gelungen. Unser Ziel ist es, dass sich kein Mensch auf Grund seiner sexuellen Identität verstecken muss oder benachteiligt wird.

Oft sind es gerade Jugendliche und junge Erwachsene, die sich auf der Suche nach ihrer sexuellen und körperlichen Identität allein gelassen oder diskriminiert fühlen. Wir wollen Projekte auf Stadtebene anstoßen, die jungen Menschen die Möglichkeit bieten, sich in einem geschützten Rahmen zu orientieren und auszutauschen und vorurteilslose und engagierte Unterstützung zu bekommen. Ausdrücklich unterstützen wir dabei die Aktivitäten der Gleichstellungsstelle. Darüber hinaus wollen wir eine Einrichtung schaffen, die als Treffpunkt zum Austausch und zur Kommunikation geeignet ist.

Kunst und Kultur sind Transporteure von Themen in die Gesellschaft und können Dinge ins Bewusstsein rufen und durch Öffentlichkeit auch Akzeptanz schaffen. Daher werden wir uns in den nächsten Jahren bemühen, bei den Kultureinrichtungen der Stadt dafür zu werben, immer wieder auch Themenschwerpunkte im Bereich „Vielfalt der Lebensentwürfe“ zu setzen, um auch so eine breite gesellschaftliche Diskussion zu fördern und für mehr Toleranz und Verständnis zu werben.

Rechtsextremismus entschieden entgegenreten

Kein Platz für Rechtsextremismus! Rechtsextremismus ist menschenverachtend, lebensbedrohend und gefährdet unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Rechtsextremismus gibt es überall, auch in Oberhausen. Wir wollen Rechtsextremismus keinen Raum geben – nirgendwo und nicht in Oberhausen. Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund haben zugenommen. Im Stadtbild wird dies durch Schmierereien sichtbar.

Daher ist es besonders wichtig, dass Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund nicht als Bagatelle behandelt, sondern konsequent verfolgt werden. Wir wollen daher, dass die Polizeibeamten in unserer Stadt durch spezifische Schulungen ganz besonders zum Thema rechtsextremistische Gewalt sensibilisiert werden.

Von rechtsextremistischer Gewalt gefährdete Gruppen brauchen besonderen Schutz. Wir treten ein für eine Kultur des Hinsehens, denn auch Zivilcourage kann Menschen in Gefahrensituationen schützen. Alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sind aufgerufen, den Tätern zu zeigen, dass ihr Handeln nicht akzeptiert wird. Solidarität mit den Betroffenen rechter Gewalt muss für uns alle selbstverständlich sein.

Die Aufrechterhaltung der Erinnerungskultur in Deutschland ist auch in Oberhausen wichtig. Wir müssen daher auch weiterhin Orte des Erinnerns, wie etwa die Gedenkhalle am Schloss Oberhausen, erhalten und pflegen. Die Aktion „Stolpersteine“ begrüßen wir in diesem Zusammenhang sehr. Seit 2008 konnten über 100 Gedenksteine an den letzten selbstgewählten Wohnorten der durch das NS-Regime Ermordeten in Oberhausen verlegt werden. Sie erinnern uns im Vorbeigehen an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte und mahnen uns, wachsam zu sein. Alle Bildungseinrichtungen müssen neben der historischen und politischen Bildung auch Aufklärung gegen Rechts betreiben. Respekt vor der menschlichen Würde und demokratische Werte sollen damit frühzeitig vermittelt werden.

Wir Oberhausener Grüne unterstützen das „Antifaschistisches Bündnis Oberhausen für Toleranz und Demokratie“ und andere Aktivitäten gegen Rechts insbesondere auch die der Sportvereine; denn Rechtsextremismus und Intoleranz haben in Oberhausen keinen Platz!

Schutz von VerbraucherInnen – transparent und nachdrücklich

Unabhängige Beratung. Oberhausen ist auch eine Gemeinschaft der VerbraucherInnen. Ziel GRÜNER Verbraucherpolitik sind selbstbestimmte und gut informierte VerbraucherInnen, die verantwortungsbewusste Konsumententscheidungen treffen können. Dies gilt bei Lebensmitteleinkäufen genauso wie bei der Anschaffung von Konsumgütern und auch bei Geldgeschäften. Und wer von den Menschen aktive Eigenvorsorge – zum Beispiel für das Alter – erwartet, muss auch für einen starken Verbraucherschutz sorgen. GRÜNE Verbraucherpolitik legt Schwerpunkte auf Informationsrechte, Transparenz und Kennzeichnungspflicht. Wir wollen eine unabhängige und flächendeckende Verbraucherberatung sowie durchsetzungsstarke Verbraucherschutzorganisationen. Dazu zählt auch die Energieberatung sowie die Schuldnerberatung. Daher werden wir die Oberhausener Verbraucherzentrale weiterhin unterstützen.

Für umfassenden Datenschutz. Wir Grüne stehen für den umfassenden Schutz der Daten der Bürgerinnen und Bürger. Das gilt auch für die Nutzung des Internet. Bloggen, twittern, podcasten oder surfen: Das digitale Zeitalter schafft innovative Angebote und ein Mehr an persönlichen Kommunikations- und Informationsrechten. Diese Potenziale wollen wir aktiv nutzen. **Aber** - Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wer was wann und wo speichert und übermittelt. Nur sie selbst – kein Arbeitgeber, kein Internetanbieter, keine Krankenkasse und auch nicht der Staat – die Kommune – dürfen bestimmen, wer Zugriff auf ihre Daten hat und was damit geschehen soll. Gleichzeitig muss die Stadt Oberhausen ihrer Auskunftspflicht auf BürgerInnenanfragen nachkommen

Tierschutz ist auch Menschenschutz. Wir treten für den Schutz der Tiere als Lebewesen, für den Erhalt ihrer Lebensräume und für die Artenvielfalt ein. Artgerechte Tierhaltung soll in der Landwirtschaft zur Regel werden. Tierquälerische Haltungsformen und unwürdige Zustände bei Tiertransporten müssen verschwinden. Wir lehnen die nicht-artgerechte Haltung von Wildtieren im Zirkus, deren Import als Heimtiere und die Tötung von Tieren zu Luxuszwecken – beispielsweise von Pelztieren – ab. Wir verstehen Tierschutz als eine kommunale Aufgabe, denn immer mehr Menschen leben mit Tieren zusammen. Oft sind diese deren einziger Umgang. Damit verwilderte, unerwünschte und allein gelassene Tiere gut untergebracht werden können, wollen wir die Arbeit des ehrenamtlichen Tierschutzes unterstützen und die Zusammenarbeit mit dem Tierheim fortsetzen.

Die Jagd muss Tier-, Arten- und Naturschutz beachten. In besiedelten Gebieten sollte keine Jagd stattfinden, die Parks und Grünanlagen sollten befriedete Bezirke werden. Wir treten für ein Klagerecht für Tierschutzverbände ein, damit sie ihrer Funktion als Anwalt der Tiere gerecht werden können.

Transparenz bei politischen Entscheidungen live erleben. Immer mehr Städte in Deutschland gehen dazu über, die öffentliche Sitzung ihres Stadtrats live im Internet zu übertragen und kommunale Politik mittels dieser Technik ihren BürgerInnen näher zu bringen. Auch der Rat der Stadt Oberhausen sollte ein größtmögliches Interesse an der Erweiterung des Kreises der politisch interessierten und involvierten Bevölkerung haben. Ein niedrighschwelliges Angebot zur Begleitung der Ratssitzung kann dazu einen Baustein bilden, denn politische Partizipation sollte so wenig wie möglich an technischen Hürden scheitern. Die Auswahl zwischen eigener Teilnahme, Live-Stream und zeitversetzter Ausstrahlung stellt die breitestmögliche Angebotsvielfalt für die BürgerInnen in Oberhausen dar. Mit weniger sollte sich die Kommunalpolitik nicht mehr zufrieden geben. Wir fordern daher ein entsprechendes Angebot, denn dies ist mit vertretbarem Aufwand und niedrigen Einmalkosten umsetzbar.

Die Bezirksvertretungen in Oberhausen - Politik dicht am Menschen

Die GRÜNEN in Oberhausen sind seit Jahren in allen drei Bezirksvertretungen tätig. In Sterkrade, Osterfeld und Alt-Oberhausen haben wir mit unseren Ortskenntnissen und Erfahrungen den unmittelbar vor Ort zu fällenden Entscheidungen ein GRÜNES Gesicht gegeben.

Wir wollen die Identität der Stadtteile erhalten und fördern und uns für lebens- und liebenswerte Stadtteile einsetzen. Daher gilt es, u.a. die Verkehrsführung, die Pflege und Ausstattung der Grünanlagen, die Wohnumfeldgestaltung und die Stadtteilentwicklung insgesamt klarer auf die BürgerInnen auszurichten.

Wir wollen, dass auf Bezirksebene verstärkt Jugendliche und Heranwachsende an politischen Entscheidungen teilnehmen können. Die Zusammenarbeit mit den BürgerInnen muss immer im Vordergrund stehen. Das Zusammenspiel zwischen BürgerInnen und GRÜNEN BezirksvertreterInnen hat sich bewährt, ein möglichst enger Kontakt mit den verschiedenen Initiativen wurde dabei immer angestrebt. Dadurch ermöglichen wir BürgerInnen die Beteiligung an Politik. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieser Status weiter ausgebaut wird.

Der Baumschutz, eine bezirkliche Aufgabe, darf nicht aus den Händen der Baumschutzkommissionen genommen werden.

Alt-Oberhausen – große Vielfalt und viel Potenzial. Der Bezirk Alt- Oberhausen mit seinen Bereichen Innenstadt, Lirich, Alstaden, Dümpten, Styrum und Neue Mitte ist wohl der heterogenste Bezirk von Oberhausen. Geschäfte, Lokale, Büros und Freizeiteinrichtungen in der Innenstadt, Büros und das Einkaufszentrum mit internationalem Publikum in der Neuen Mitte, Wohngebiete mit kleinen Zentren in Alstaden, Lirich und Styrum. Jede Facette des Bezirks braucht eigene Aufmerksamkeit und eigene Initiativen, Vorschläge und Lösungen. In der Bezirksvertretung Alt Oberhausen arbeiten die Grünen für die Vielfalt und fördern die Quartiersentwicklung. Punktuell wirksame Projekte werden unterstützt und begleitet und sollen in Zukunft weiter ausgebaut werden. Der beträchtliche Sanierungsstau bei der Wohnbebauung soll durch eine verstärkte Kommunikation und Planung mit den verantwortlichen Hausbesitzern und Hausbesitzerinnen Stück für Stück ausgebaut und die Stadtquartiere durch kleinteilige Maßnahmen attraktiver gemacht werden.

Sterkrade. Sterkrade ist mittlerweile der einwohnerstärkste Stadtbezirk Oberhausens, dessen Ortsteile Königshardt, Schmachtdorf, Holten und Biefang eine eigenständige Struktur aufweisen, die es zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt. Dabei darf es nicht zum Ausweichen der Einkaufsmöglichkeiten aus den Ortskernen kommen. Baulücken in festgesetzten Baugebieten sollen zügig bebaut werden, neue Wohnungen dürfen nicht in den verbliebenen Freiflächen gebaut werden.

Die Innenstadt von Sterkrade leidet seit Jahren unter dem Schwund von Besuchern d.h. Konsumenten. Lediglich an Markttagen ist die Innenstadt voll. Hier muss die Stadtentwicklungspolitik ansetzen und eine Weiterentwicklung von Sterkrade z.B. im Bereich des Gesundheitssektors fördern. Der verbliebene Einzelhandel kann mit einem qualitativ guten Angebot den weiteren Niedergang vermeiden. Dabei hilft es nicht, wenn die Fußgängerzone wieder für Pkw-Verkehr geöffnet wird. Die Chancen, die sich aus dem Umzug der Stadtteilbibliothek in die ehemalige Filiale der Stadtparkasse ergeben, wollen wir für die Schaffung von Kulturräumen nutzen.

Osterfeld - ein urbaner Stadtteil. Viele Dinge lassen sich in Osterfeld zu Fuß erledigen. Wenn auch beim ÖPNV in den letzten Jahren gekürzt worden ist, schaffen es die Osterfelder in zehn Minuten zum Hauptbahnhof und dies, dank der Trasse, staufrei. Eine große Baustelle befindet sich am Marktplatz. Hier muss an die EigentümerInnen appelliert werden, miteinander zu kooperieren ggf. im Rahmen eines professionellen Moderationsverfahrens. Der denkmalgeschützte Gartendom soll, wenn es sich eine finanzielle Gestaltungsmöglichkeit ergibt, entwickelt und genutzt werden. Es gibt aber auch viel Bewegung: der Abriss des Bunkers Bottroper Straße steht an und die Einrichtung eines Vollsortimenters an dieser Stelle. Aber auch die Umnutzung des ehemaligen Hallenbades Osterfeld zu einer Einrichtung des Katholischen Klinikum und die Umwandlung der ehemaligen Eissporthalle in eine Inline-Skater-Halle stehen auf der Agenda. Die Baumaßnahme am ehemaligen Schacht IV als Standort für ein SeniorInnenheim und für eine Wohnbebauung sind in der Planung – ebenso wie für die ehemalige Sportanlage Lilienthalstrasse. Die Liste ließe sich noch fortsetzen; sie werden alle das Zentrum Osterfeld stärken.

Osterfeld ist ein bunter Stadtteil; es leben viele Kulturen friedlich miteinander. In keinem anderen Stadtteil ist fußläufig ein Grüngürtel so schnell zu erreichen. Dazu kann der Stadtteil sowohl geschichtlich als auch kulturell mit Highlights aufwarten: Burg Vondern; Siedlung Eisenheim; St. Antony-Hütte.